



**Geschäftsführung
Ausschuss für Anregungen und
Beschwerden**

Frau Dederichs

Telefon: (0221) 221 26144

Fax: (0221)

E-Mail: Andrea.Dederichs@stadt-koeln.de

Datum: 16.07.2019

Niederschrift

über die **34. Sitzung des Ausschusses für Anregungen und Beschwerden** in der Wahlperiode 2014/2020 am Dienstag, dem 02.07.2019, 17:00 Uhr bis 20:30 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Theodor-Heuss-Saal, Raum-Nr. A 119

Anwesend waren:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Horst Thelen	GRÜNE
Herr Frank Schneider	SPD
Frau Polina Frebel	SPD
Frau Erika Oedingen	SPD
Frau Dagmar Paffen	auf Vorschlag der SPD
Herr Martin Erkelenz	CDU
Frau Martina Kanis	auf Vorschlag der CDU-Fraktion
Herr Stephan Pohl	CDU
Herr Frank Hauser	GRÜNE
Frau Prof. Dr. Birgitt Killersreiter	GRÜNE
Frau Renate Domke	auf Vorschlag der FDP

Stellvertretende stimmberechtigte Mitglieder

Frau Gisela Stahlhofen	DIE LINKE
------------------------	-----------

Beratende Mitglieder

Herr Heiko Nigmann	Seniorenvertretung der Stadt Köln
Herr Ulf Florian	SPD
Herr Joachim Geysse	auf Vorschlag der CDU
Herr Heinz Klein	auf Vorschlag der CDU
Herr Jürgen Schuiszill	CDU
Herr Stefan Fischer	GRÜNE
Herr Peter Heumann	auf Vorschlag Die Linke.

Stellvertretende beratende Mitglieder

Herr Eugen Litvinov Integrationsrat

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Hamide Akbayir DIE LINKE

Frau Alexandra Gräfin von Wengersky CDU

Beratende Mitglieder

Frau Liane Bchir AFD

Frau Judith Wolter

Frau Gülgün Durdu DEIN KÖLN

Stellvertretende beratende Mitglieder

Frau Hedwig Drießen Seniorenvertretung der Stadt Köln

Beratende Mitglieder

Frau Helga Schlapka auf Vorschlag der SPD

Herr Stephan Horn GRÜNE

Herr Dieter Schöffmann auf Vorschlag der Grünen

Herr Robert Wande auf Vorschlag der FDP

Herr Thelen begrüßt alle Anwesenden. Er bietet der Bürgerinitiative „Mehr Grün in Kalk“ die Möglichkeit, ihre Bürgereingabe förmlich– wie gewünscht wurde – zu übergeben.

Zwei Petenten übergeben die Bürgereingabe mit ca. 1.100 Unterschriften mit Unterschriftenliste. Sie bedanken sich für die Möglichkeit, die Bürgereingabe heute zu übergeben und weisen auf die extreme Verdichtung und den Strukturwandel im Stadtbezirk Kalk hin. Sie fordern eine gesundheits- und klimaschutzorientierte Stadtentwicklung mit mehr Grün- und Erholungsflächen sowie einer Aufwertung der vorhandenen Grün- und Freiflächen.

Herr Thelen weist darauf hin, dass es sich um ein Angelegenheit in der Zuständigkeit der Bezirksvertretung Kalk handele, die aber, wenn das gewünscht wird, im Ausschuss für Anregungen und Beschwerden vorberaten werden kann. Hierzu bittet er um Rückmeldung bei der Geschäftsstelle für Anregungen und Beschwerden an Rat und Bezirksvertretungen.

Herr Thelen, Ausschussvorsitzender, bedankt sich bei Herrn Rothe, Amt für Straßen und Verkehrsentwicklung, für die über 15-jährige Begleitung des Ausschusses für Anregungen und Beschwerden und wünscht ihm viel Spaß bei allen Unternehmungen im wohlverdienten Ruhestand.

Herr Dr. Höver, Bürgeramt Innenstadt, dankt ebenfalls Herrn Rothe für seine über viele Jahre geleistete zuverlässige Arbeit und wünscht ihm alles Gute für den Ruhestand.

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

1 Mitteilungen

- 1.1 Sachstandsbericht des Ausschusses für Anregungen und Beschwerden 2018 verlagt in der Sitzung des Ausschusses für Anregungen und Beschwerden am 14.05.2019
1314/2019
- 1.2 Anfahrt Notfallpraxis Longerich, Heilig Geist Krankenhaus
hier: mündliche Anfrage von Herrn Erkelenz (CDU) in der Sitzung des Ausschusses für Anregungen und Beschwerden am 14.05.2019, TOP 2.1.2
1866/2019

2 Anfragen

- 2.1 Mündliche Anfragen
 - 2.1.1 Eingabe Wilhelm-König Straße in Heimersdorf
- 2.2 Schriftliche Anfragen
- 2.3 Anfragen aus früheren Sitzungen
 - 2.3.1 Sachstand zur Einrichtung eines Fußgängerbeauftragten
hier: mündl. Anfrage im Ausschuss für Anregungen und Beschwerden in der Sitzung am 27.11.2018, TOP 2.1.2
und Nachfragen in der Sitzung am 14.05.2019
0633/2019

3 Anregungen und Beschwerden nach § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

- 3.1 Eingabe nach § 24 GO: Stoppt Braunkohle in Köln-Merkenich (Az 67/19 B)
1939/2019

- 3.2 Bürgereingabe nach § 24 GO NRW - "Preise der KVB senken" (Az. B09/19) 1552/2019
- 3.3 Bürgereingabe gem. § 24 GO, betr.: Taktverdichtung der Straßenbahnlinie 9 und der Buslinie 152 (Az.: 02-1600-93/18) 0399/2019
- 3.4 Bürgereingabe gem. § 24 GO, betr.: Stadt-Seilbahnen in und für Köln (Az.: 02-1600-101/19) 1638/2019
- 3.5 Mosaik am Haus Kleingedankstr. 11 1897/2019
- 3.6 Eingabe nach §24 GO, Benutzungsordnung für die Museen der Stadt Köln; Verweigerung eines ermäßigten Eintrittspreises für Behinderte, AZ 02-1600-239/18 0418/2019
- 3.7 Bürgereingabe gem. § 24 GO, Betr.: "Chronik von Köln" (Az.: 58/19 B) 1591/2019
- 3.8 Eingabe nach § 24 GO: Denkmalschutz geteerte Holzschuppen der Holzfirmen am Deutzer Hafen 1461/2019

II. Nichtöffentlicher Teil

4 Mitteilungen

5 Anfragen

5.1 Mündliche Anfragen

5.2 Schriftliche Anfragen

6 Anregungen und Beschwerden nach § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

I. Öffentlicher Teil

1 Mitteilungen

1.1 Sachstandsbericht des Ausschusses für Anregungen und Beschwerden 2018 vertagt in der Sitzung des Ausschusses für Anregungen und Beschwerden am 14.05.2019 1314/2019

Frau Domke, FDP, weist auf den Beschluss des Ausschusses für Anregungen und Beschwerden vom 31.10.2018 – „Ermäßigung im Kölner Zoo für auswärtige Bezieher von Sozialleistungen“ (Az:02-1600-166/2018) hin. Hierzu werde im Sachstandsbericht angegeben, dass kein neuer Sachstand vorliege. Sie fragt, wie man diesen Beschluss begleiten könne, um eine Umsetzung des Beschlusses zu erreichen.

Herr Dr. Höver weist darauf hin, dass schon bei der Beschlussfassung absehbar gewesen sei, dass eine Umsetzung nur langfristig möglich sei, da Gespräche mit vielen Nachbarkommunen, Kreisen und Einrichtungen geführt werden müssten, um zu ermöglichen, dass Einrichtungen wechselseitig vergünstigt genutzt werden können. Das Thema könne wegen des allgemeinen Problem- und Arbeitsdrucks sicher in der Kämmerei nicht die alleroberste Priorität beanspruchen.

Frau Prof. Dr. Killersreiter, Grüne, bezieht sich auch auf diesen Punkt des Sachstandsberichtes und erklärt, dass dies bereits in der Sitzung zu erwarten gewesen sei. Es müssten ein Konzept erarbeitet und Vorgespräche geführt werden und darüber könne der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden eine Mitteilung erhalten. Sie vermutet, dass hier noch nichts passiert sei und bittet die Verwaltung eindringlich im Sinne des Beschlusses tätig zu werden und um Mitteilung, was bisher geschehen sei.

Auf Bitte von Herrn Hauser, Grüne, der die Floskel „kein neuer Sachstand“ als ungenügend bezeichnet, sagt Herr Dr. Höver, Bürgeramt Innenstadt, zu, auf die Fachverwaltung in den Punkten, zu denen es die Meldung „kein neuer Sachstand“ gab, zum wiederholten Mal zuzugehen und den Sachstand zu erfragen.

Herr Thelen, Ausschussvorsitzender, fragt zum Beschluss vom 27.11.2019 – „Lärm- und Umweltbelästigung im Herkulestunnel Köln-Ehrenfeld“ (Az.: 02-1600-44/17) nach dem Prüfergebnis, welches die Verwaltung bis Juni vorlegen wollte.

Kenntnis genommen

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

1.2 Anfahrt Notfallpraxis Longerich, Heilig Geist Krankenhaus hier: mündliche Anfrage von Herrn Erkelenz (CDU) in der Sitzung des Ausschusses für Anregungen und Beschwerden am 14.05.2019, TOP 2.1.2 1866/2019

Kenntnis genommen

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

2 Anfragen

2.1 Mündliche Anfragen

2.1.1 Eingabe Wilhelm-König Straße in Heimersdorf

Frau Paffen, SPD, bittet, das Ergebnis der o.g. Eingabe auch in den Ausschuss für Anregungen und Beschwerden zu geben. Das Schreiben, welches der Petent erhalten habe, sei sicher keine abschließende Antwort.

Herr Dr. Höver, Bürgeramt Innenstadt, berichtet, dass die Eingabe aus Mai 2019 stamme. Die Versuche des Bauaufsichtsamtes, zwischen den Betroffenen zu vermitteln und eine Lösung der Situation herbeizuführen, seien erfolglos verlaufen. Der Vertragspartner sehe sich außerstande, die Eigentümer zur Einhaltung der vertraglichen Verpflichtungen auf ihren Privatgrundstücken zu bewegen, da inzwischen ein Verwalterwechsel stattgefunden habe. Insofern sei davon auszugehen, dass eine einvernehmliche Lösung durch freiwillige Mitwirkung der Pflichtigen nicht zu erwarten sei. Diese Mitteilung erfolgte auch vom Bauaufsichtsamt an die Bezirksregierung. Nunmehr sei das Stadtplanungsamt um Stellungnahme gebeten worden, ob Verstöße aus dem Vertrag hinaus zu sanktionieren seien. Diese stehe noch aus. Der Ausschuss werde dann, wie gewünscht, informiert.

2.2 Schriftliche Anfragen

2.3 Anfragen aus früheren Sitzungen

2.3.1 Sachstand zur Einrichtung eines Fußgängerbeauftragten hier: mündl. Anfrage im Ausschuss für Anregungen und Beschwerden in der Sitzung am 27.11.2018, TOP 2.1.2 und Nachfragen in der Sitzung am 14.05.2019 0633/2019

Herr Fischer, möchte wissen, wie der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden mit der bereits in der letzten Sitzung als nicht zufriedenstellend bezeichneten Beantwortung der Anfrage verfahren soll.

Herr Dr. Höver, Bürgeramt Innenstadt, erläutert, dass alle Anfragen, die noch offen sind, unter diesem Punkt aufgeführt werden, bis eine Beantwortung der Verwaltung vorliegt.

Herr Rothe, Amt für Straßen und Verkehrsentwicklung, weist darauf hin, dass die konkrete Antwort der Anfrage noch ausstehe.

Herr Nigmann, Seniorenvertreter, führt aus, dass im Strategiepapier Köln 2025 nur in zwei Halbsätzen auf die Fußgänger eingegangen werde. Er spricht sich für eine gleichrangige Berücksichtigung der Fußgängerinteressen in Köln aus.

3 Anregungen und Beschwerden nach § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

3.1 Eingabe nach § 24 GO: Stoppt Braunkohle in Köln-Merkenich (Az 67/19 B) 1939/2019

Der Petent stellt seine Eingabe und die Historie der Aktivitäten des Arbeitskreises Umwelt der Linken dar, deren Mitglied er ist, und plädiert dafür, dass der Braunkohleblock in diesem Herbst – nach der jährlichen Wartung im Sommer - nicht wieder angefahren werden soll. Im Winter 2014/2015 sei der Braunkohleblock zwei Monate nicht in Betrieb gewesen und es habe dadurch keine Probleme gegeben. Daher soll die Anlage für 4 Jahre in die kalte Reserve gestellt werden. Außerdem soll in die Satzung der Rheinenergie aufgenommen werden, dass die Rheinenergie transparent sein soll und sie keinen Profit auf Kosten der Gesundheit und des Klimas machen soll. Die Beantwortung der Anfrage der Linken (AN/1319/2018) sei von der Linken gerügt worden.

Herr Dr. Klemp, Rheinenergie, erläutert, dass die Rheinenergie Transparenz hergestellt habe, allerdings keine vertraulichen Vertragsdaten weitergeben könne. Fakt sei, dass der Braunkohleblock in den Wintermonaten und lange Zeit des Jahres unverzichtbar sei, da er für die Wärmeversorgung benötigt werde. In den zwei Wintermonaten, in denen der Braunkohleblock abgeschaltet war, sei es nur mit großen Anstrengungen gelungen, diesen Notstand in der Fernwärmeversorgung zu meistern. Es wurde mit Kunden gesprochen, wann die Versorgung jeweils abgeschaltet werden könne. Eine solche Notsituation könne keine normale Situation sein. Der Standort verfüge über 4 Kapazitäten, den Braunkohleblock (der wirtschaftlichste mit den höchsten CO2 Immissionen), eine GuD-Anlage, die ca. 1.000 Stunden jährlich laufe, und zwei Kessel (ähnlich einer Gastherme), mit denen man nicht wirtschaftlich Wärme erzeugen könne, diese dienten nur zur Sicherung in Spitzenlasten. Wenn der Braunkohleblock abgestellt würde, sei der RheinEnergie-Standort Merkenich unwirtschaftlich und müsse die Lieferverträge aufkündigen. In den letzten 1,5 Jahren habe es Untersuchungen gegeben, ob die Braunkohle durch biogene Stoffe ersetzt werden könne. Dies sei keine wirtschaftlich sinnvolle Option. Es stelle sich nicht die Frage, OB sondern WANN der Braunkohleblock abgeschaltet werde. Hier müssten die Faktoren Wirtschaftlichkeit, Versorgungssicherheit (aufgrund hochsensibler Industriekunden) und Umweltverträglichkeit - die durch Kraft-Wärmekopplungsanlagen mit sehr hohen Brennstoffnutzungsgraden in der Basis bereits heute dargestellt werde- dringend berücksichtigt werden. Jetzt sei zu klären, wie eine Gaskapazität aussehen müsse, damit der Braunkohleblock ersetzt werden könne. Dafür seien als Randbedingungen die von der Bundesregierung zu erlassenden Gesetze zur Umsetzung der Ergebnisse der Kohlekommission (mit bilateralen Verhandlungen zu den Bedingungen, zum Zeitpunkt und zur finanziellen Entschädigung) und das Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz (mit Kohlewechselbonus und Klärschlamm Entsorgung) abzuwarten.

Herr Kucken, Kämmerei-Beteiligungsverwaltung, weist auf den Beschluss des Rates der Stadt Köln von 2017 hin und die zu diesem Beschluss regelmäßigen Berichte an den Ausschuss Umwelt und Grün sowie den Finanzausschuss sichergestellt.

Herr Schneider, SPD, weist darauf hin, dass der Rat den Weg bereits vorgezeichnet habe. Herr Dr. Klemp habe deutlich gemacht, dass der sofortige Ausstieg aus der Braunkohle wirtschaftlich und versorgungstechnisch nicht vertretbar sei. Er bedankt sich bei den Petenten für die Eingabe.

Herr Erkelenz, CDU, bedankt sich ebenfalls für die Petition und die transparente und umfangreiche Information durch die Rheinenergie. Er weist darauf hin, dass in der Stellungnahme der Verwaltung deutlich wurde, dass der Rat und die Verwaltung der Petition ein Stück voraus seien, wenn man den Ratsbeschluss vom 04.04.2017 betrachte. Allerdings müsse die Versorgungssicherheit und die Wirtschaftlichkeit beibehalten werden. Es sei bereits ein Braunkohlekraftwerk von Ford im Kölner Norden vor einigen Jahren stillgelegt worden. Er schlägt vor, die Formulierung des Beschlusses positiver zu fassen.

Frau Prof. Dr. Killersreiter, Grüne, erklärt, dass sich der Wunsch einer Satzungsänderung der Rheinenergie in der Petition nicht wiederfinde. Sie sieht die Ausführungen von Herrn Dr. Klemp als schlüssig. Derzeit gebe es einen Spagat zwischen Wirtschaft, Umwelt, Menschen und Ressourcen. Sie greift den Vorschlag der CDU auf, den Beschluss positiver zu formulieren und regt an, den Ratsbeschluss vom 04.04.2017 zu bekräftigen.

Auf Nachfrage von Frau Prof. Dr. Killersreiter, Grüne, antwortet Herr Dr. Klemp, Rheinenergie, dass derzeit untersucht werde, wie die GuD Anlage in der Auslastung verbessert werden könne. Diese Untersuchungen würden noch Monate andauern.

Herr Thelen erwähnt den Wirkungsgrad von 85 % der Anlage Niehl 3, der für die Initiative der Rheinenergie spreche.

Herr Heumann, Linke, dankt dem Petenten und steht hinter dem Ziel eines möglichst schnellen Ausstiegs aus der Braunkohle und insofern auch hinter dem Ratsbeschluss vom 04.04.2017.

Herr Nigmann, Seniorenvertreter, merkt als ehemaliger stellvertretender Gesamtbetriebsratsvorsitzender von Ford an, dass ein Verzicht auf einen preiswerten Wärmeaustausch durch steigende Energiekosten weitere Arbeitsplätze - unter anderem bei Ford - in Gefahr bringe.

Der Petent kritisiert, dass es einen Fahrplan für den Ausstieg gebe, dieser aber keine Zeiten enthalte. Für ihn sei weiter nicht belegt, dass der Braunkohleblock zwingend benötigt werde. Er weist darauf hin, dass jeder Cent, der durch den Einsatz von Braunkohle gespart werde, 2-3 Cent globalisierte Mehrkosten für die Schäden verursache.

Herr Erkelenz, CDU, stellt folgenden Änderungsantrag für den 2. Satz des Beschlussvorschlags: „Der Forderung der Petenten, seitens der Stadt Köln gegenüber der RheinEnergie AG die Abschaltung des Braunkohleblocks im Heizkraftwerk Merkenich durchzusetzen, wird - **rechtliche, industrielle**, gesamtstädtische Belange **und den Ratsbeschluss vom 04.04.2017** würdigend - entsprochen.“

Geänderter Beschluss:

Der Ausschuss dankt den 3.137 Petenten (Stand 03.06.2019) für die Eingabe. Der Forderung der Petenten, seitens der Stadt Köln gegenüber der RheinEnergie AG die Abschaltung des Braunkohleblocks im Heizkraftwerk Merkenich durchzusetzen, wird - **rechtliche, industrielle**, gesamtstädtische Belange **und den Ratsbeschluss vom 04.04.2017** würdigend - entsprochen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen Die Linke zugestimmt

3.2 Bürgereingabe nach § 24 GO NRW - "Preise der KVB senken" (Az. B09/19) 1552/2019

Die beiden Petentinnen, Schülerinnen der 10. Klasse des Friedrich-Wilhelm-Gymnasiums, stellen ihre Eingabe vor. Sie weisen auf die große Chance der KVB hin, weil sie Gesellschafts- und Umweltaspekte beinhalte, die aber zu wenig genutzt werde. Sie berichten, dass bei der Abwägung einer Auto- oder KVB-Fahrt mit der Familie die Fahrt mit dem Auto preiswerter sei. Daher sprechen sie sich für günstigere Einzeltickets aus. Lediglich attraktive Abos wären nicht ausreichend. Sie geben zu bedenken, dass eine Reduzierung des PKW-Verkehrs nicht nur den CO₂-Ausstoß verringere, sondern dadurch auch das Radfahren in Köln attraktiver werde.

Herr Höhn, KVB-AG, weist auf das Konzept KölnMobil 2025 hin, welches gemeinsam mit der Stadt Köln erstellt wurde und nun schrittweise umgesetzt werde. Derzeit spreche man über drei konkrete Maßnahmen, die Ost-West-Achse, die Anbindung von Rondorf und Meschenich sowie von Mülheim-Süd. Er macht deutlich, dass die Kapazitätsgrenze der KVB erreicht sei, daher müsse der Ausbau der KVB-Linien vor preislichen Maßnahmen stehen. Es gebe ein differenziertes System mit speziellen Tickettarifen und Angeboten, die den Kölner quasi durch das ganze Leben begleiten. Der Gelegenheitskunde müsse eine hohe Hürde nehmen, weil der Einzelpreis gegenüber dem PKW nicht so attraktiv und bequem sei. Allerdings sei es keine Alternative, die schon an der Kapazitätsgrenze fahrenden Bahnen und Busse durch Gelegenheitskunden auch für Inhaber von Abos durch überfüllte Bahnen noch unattraktiver zu machen. Er wirbt daher dafür, die Dinge in der richtigen Reihenfolge anzugehen und den ÖPNV-Ausbau preislichen Maßnahmen voranzustellen. Er möchte Transparenz für die Finanzsituation im öffentlichen Nahverkehr schaffen und führt aus, dass ein wesentlicher Teil des ÖPNV aus öffentlicher Hand finanziert werde. Je größer dieser Anteil werde, je schwieriger werde der Ausbau der Strecken. Daher müsse man sehr genau beachten, an welchen Stellschrauben bei einer Weiterentwicklung des Systems gedreht werde. Er dankt den Schülerinnen dafür, dass sie mit ihrem Vorschlag für den Umweltverbund werben.

Herr Schauenberg, Kämmerei-Beteiligungsverwaltung, bedankt sich bei den Petentinnen für das sehr aktuelle und gute Thema. Er gibt zu bedenken, dass auch eine generationengerechte und nachhaltige Finanzpolitik notwendig sei und diese im Spannungsfeld mit der Umweltpolitik zu sehen sei. Derzeit sei die Haushaltslage der Stadt Köln nach wie vor angespannt.

Herr Schneider, SPD, freut sich, dass erneut junge Menschen im Ausschuss für Anregungen und Beschwerden eine Bürgereingabe eingereicht haben und bedankt sich bei den Schülerinnen. Er spricht sich bei globaler Betrachtung dafür aus, dass der ÖPNV perspektivisch in Richtung Kostenfreiheit bewegt werden müsse. Das könnten aber die Kommunen nicht alleine leisten, sondern nur mit Unterstützung von Bund und Ländern. Kontraproduktiv finde er eine Reduzierung des Preises für das Einzelfahrticket, weil nur ein dauerhaftes Umsteigen auf den ÖPNV eine Wende bringen könne.

Frau Prof. Dr. Killersreiter, Grüne, bedankt sich bei den Petentinnen und schließt sich der SPD an. Sie regt an, für dieses äußerst komplexe Thema eine Öffentlichkeitsbeteiligung durchzuführen und in einem größeren Rahmen mit den Fachleuten zu diskutieren, wie Zeitpläne und Ticketpreisgestaltungen aussehen oder wie die Verkehrsverbünde neu gestaltet werden können und ob es andere Ideen gebe mit dem Ziel eines konkreten Arbeitsauftrags an Politik und Verwaltung.

Frau Stahlhofen, Die Linke, bedankt sich bei den Petentinnen. Die Ausführungen der KVB haben sie nicht zufrieden gestellt, weil man aus der Presse entnehmen konnte, dass der VRS in der neuesten Statistik einen der hinteren Plätze belegt habe. Dies sei ein Warnschuss. Die Petentinnen wünschten, dass man sich dafür einsetzen möge, das erwarte sie auch. Sie erklärt, dass genügend Bahnen im Depot seien, aber zu wenig Personal. Hier müsse die Verwaltung dafür sorgen, dass die KVB personell besser ausgestattet werde. Die Ausfinanzierung erfolge über die Stadtwerke, diese müsse differenzierter dargestellt werden.

Herr Fischer, Grüne, weist auf einen Artikel im KStA hin, wonach es derzeit Einnahmen von 680 Mio € durch den Ticketverkauf gebe. Man gehe davon aus, dass ein kostenloser ÖPNV zu einer Steigerung von 30 % führen würde, sodass 800 Mio. € finanziert und zusätzlich die entsprechenden Kapazitäten ausgebaut werden müssen. Es müsse in der Politik darüber diskutiert werden, wie viel steuerfinanziert und wie viel ticketfinanziert werden soll. Daher spricht er sich für eine Diskussion in einer Öffentlichkeitsbeteiligung aus.

Frau Domke, FDP, bedankt sich bei den Petentinnen. Sie erklärt, dass sich eine attraktive KVB durch gute und schnelle Verbindungen und einen sicheren Takt präsentiere. Die Problematik gehe weit über den Ausschuss für Anregungen und Beschwerden hinaus, sie glaubt, dass mit diesem Thema bei Verwaltung und KVB sorgsam umgegangen werde.

Herr Pohl, CDU, bedankt sich ebenfalls bei den Petentinnen. Man sehe an den Ausführungen, dass es sich um ein hochkomplexes Thema handele, welches schwierig sofort zu lösen sei. Eine sofortige Preissenkung bewirke eine Erhöhung des Zuschusses an die KVB und eine Verringerung der Investitionen in die Strecken. Er spricht sich ebenfalls für eine öffentliche Diskussion mit den Bürgerinnen und Bürgern, Politik, Verwaltung und der KVB aus.

Herr Thelen weist darauf hin, dass im Beirat Öffentlichkeitsbeteiligung ausdrücklich gesagt wurde, dass die Ausschüsse Themen dorthin verweisen können. Im Büro für Öffentlichkeitsbeteiligung gebe es eine wissenschaftliche Begleitung und die Unterstützung durch die Freiwilligenagentur.

Frau Stahlhofen, Linke, bittet in den Beschluss einen Zeitpunkt aufzunehmen.

Frau Prof. Dr. Killersreiter, Grüne, macht folgenden Ergänzungsvorschlag: „Das äußerst komplexe Thema, das weit über die Kompetenzen und Möglichkeiten der KVB hinausgeht, sollte in einer Öffentlichkeitsbeteiligung aller Bürgerinnen und Bürger im laufenden Pilotversuch Öffentlichkeitsbeteiligung münden. Hierzu müssen alle Beteiligten (Bund, Land, Stadt Köln, Verkehrsverbünde) zusammentreffen, die Bürger und Bürgerinnen vor Ort umfassend informieren und gemeinsam Lösungen erarbeiten, die in einen konkreten Arbeitsauftrag an Politik und Verwaltung münden. „

Ergänzter Beschluss:

Der Ausschuss dankt den Petenten für ihre Eingabe und erkennt auch grundsätzlich deren Wunsch nach niedrigeren Ticketpreisen bei der KVB und insbesondere die damit angestrebten übergeordneten Ziele an.

Vor dem Hintergrund des bereits jetzt hohen jährlichen Defizits der KVB sowie der aktuellen Haushaltslage der Stadt Köln sieht sich der Ausschuss jedoch derzeit nicht in der Lage, eine Preissenkung bei der KVB anzustoßen.

Das äußerst komplexe Thema, das weit über die Kompetenzen und Möglichkeiten der KVB hinausgeht, sollte in einer Öffentlichkeitsbeteiligung aller Bürgerinnen und Bürger im laufenden Pilotversuch Öffentlichkeitsbeteiligung münden.

den. Hierzu müssen alle Beteiligten (Bund, Land, Stadt Köln, Verkehrsverbände) zusammentreffen, die Bürger und Bürgerinnen vor Ort umfassend informieren und gemeinsam Lösungen erarbeiten, die in einen konkreten Arbeitsauftrag an Politik und Verwaltung münden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

3.3 Bürgereingabe gem. § 24 GO, betr.: Taktverdichtung der Straßenbahnlinie 9 und der Buslinie 152 (Az.: 02-1600-93/18) 0399/2019

Der Petent geht auf die ablehnende Beschlussvorlage ein und weist darauf hin, dass die Linie 179 von 7 bis 9 Uhr fahre, obwohl es einen Bedarf laut KVB nur bis 8 Uhr gebe, mit durchschnittlich 10 Fahrgästen. Die Verwaltung setze darauf, dass es 90 m lange Züge gebe, diese seien jedoch von der technischen Aufsichtsbehörde bisher nicht genehmigt. Die derzeitige Route der Linie 179 sei sehr unattraktiv, ende schon in Deutz und löse daher das Problem nicht wirklich. Auch samstags sei der 10-Minuten-Takt deutlich zielführender, da bereits heute die Anschlüsse nicht funktionieren würden. Um dieses Problem samstags zu lösen, könne man zusätzliche Züge zwischen Ostheim und Uni in der Hauptverkehrszeit von 9 bis 18 Uhr einsetzen. Die zusätzlichen Fahrten der Linie 1 über den 10-Minuten-Takt hinaus könnten ersatzlos ohne Information der Fahrgäste gestrichen werden, wobei diese sowieso nur zwischen Brück und Junkersdorf fahren. Die Realisierung im September 2020 sei zu spät, da das Problem schon seit mehreren Jahren bestehe und ein 15-Minuten-Takt sich als nicht mehr zeitgemäß erweise. Die Linie 152 mit 30-Minuten-Takt am Abend finde er ebenfalls unattraktiv und zwingt über die Innenstadt zu fahren, da es dort einen garantierten 15-Minuten-Anschluss gebe. Linksrheinisch fahre die Linie 13 abends im 15-Minuten-Takt. Er spricht sich für eine angebotsorientierte Lösung aus, wie dies in Bergisch Gladbach praktiziert werde. Auch im Sinne der Verkehrswende seien hier Änderungen erforderlich, da die Verkehrswende nur durch eine Attraktivierung des ÖPNV erreicht werden könne.

Herr Höhn, KVB AG, bedankt sich für die ausführlichen Anregungen des Petenten. Er betont, dass die KVB, bevor der Vorschlag des Einsatzes von 90 Meter langen Zügen an den Rat gegeben wurde, mit der technischen Aufsichtsbehörde abgestimmt habe, ob ein solches Projekt genehmigungsfähig sei. Die Linie 179 sei im letzten Jahr zur Entlastung der Linie 9 eingeführt worden. Sie verkehre heute nur zu den Stoßzeiten in Lastrichtung, da ein großer Fahrplanwechsel im letzten Jahr bewältigt werden musste. Auf der Linie gebe es heute über 1.000 Fahrgäste. Dieses Angebot sei aufgrund fehlender Züge gemacht worden, da werktags zur Hauptverkehrszeit alle vorhandenen Züge rollen. Ab 2023 sollen neue Niederflurbahnen kommen, die Beschaffung wurde im letzten Jahr auf den Weg gebracht. Erst dann können, wo die Strecken nicht überlastet sind, weitere Züge eingesetzt werden. Die Taktzeiten der Linie 152 werde man zum nächsten Fahrplanwechsel überdenken, um eine kürzere Taktzeit auch nach 20 Uhr noch eine zeitlang – allerdings nicht bis 2 Uhr morgens – zu erreichen. Für eine kurzfristige Lösung fehlen derzeit die Kapazitäten. Samstags werde man nicht auf einzelnen Linien einen 10-Minuten-Takt anlegen. Da dies zum einen sehr kostspielig sei und es sehr viele Umsteiger von Bussen, die noch seltener fahren, gebe. Dann passe das Taktschema weiterhin nicht. Im kommenden Jahr soll der Rat mit der Frage befasst werden, ob man das gesamte Kölner Netz auf einen anderen Takt am Wochen-

ende umstelle. Damit seien natürlich Mehrkosten verbunden. Die Nachfrage rechtfertige bereits heute samstags ein anderes Taktschema mit einer Angleichung an den SPNV zu fahren. Er bittet um Nachsicht, dass dies aufgrund des umfassenden Fahrplanwechsels mit noch wichtigeren Änderungen aus Kapazitätsgründen nicht in diesem Jahr leistbar gewesen sei.

Herr Schneider, SPD, macht auf die eindeutigen Beschlüsse der fünf Bezirksvertretungen aufmerksam. Die Bezirksvertretungen würden die Situation vor Ort sehr genau kennen. Er betont, dass insbesondere bei der Buslinie 152 wieder einmal das Rechtsrheinische vernachlässigt werde, dort sei eine zügige Verbesserung erforderlich. Er stimmt der Petition zu.

Frau Stahlhofen, Die Linke, erklärt, dass die Ost-West-Achse außerordentlich große Kapazitäten binde. Es sei ärgerlich, dass dadurch das Rechtsrheinische hinten herunter falle. Sie spricht sich für die Eingabe aus und bittet diese Thematik mit in die Öffentlichkeitsbeteiligung aufzunehmen.

Herr Fischer, Grüne, unterstreicht die Ausführungen der SPD und schlägt vor, wie die BV 1 zu beschließen, da dieser Beschluss alle angesprochenen Linien enthalte.

Herr Pohl, CDU, dankt dem Petenten für die Eingabe und Herrn Höhn, KVB, für seinen hervorragenden, kompetenten Vortrag und die transparente Darstellung der Situation. Herr Höhn informiere immer genauestens über die Vorhaben der KVB und habe in vielen Punkten der Petition entsprochen. Herr Pohl stimmt der Petition ebenfalls zu.

Herr Schuiszill, CDU, weist darauf hin, dass sich die CDU in der BV Kalk enthalten habe, weil keine konkreten Informationen zur technischen Umsetzungsmöglichkeit der Taktverdichtung für die Linie 152 vorlagen. Die Verbindung zwischen Mülheim, Kalk und Porz sei massiv verbesserungswürdig. Den Hinweis einer gesamtstädtischen Überprüfung des Taktschemas an Samstagen begrüße er ausdrücklich.

Frau Domke, FDP, dankt dem Petenten sowie der KVB AG und schließt sich dem Beschluss der BV 1 an.

Herr Schneider, SPD, bittet nicht einem BV-Beschluss zu folgen, sondern der Petition an sich und dabei die drei Punkte aus der Anregung des Petenten in den Beschlusstext aufzunehmen. Er macht folgenden Beschlussvorschlag:

„Der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden dankt dem Petenten für seine Eingabe und bittet die Verwaltung in Zusammenarbeit mit der Kölner Verkehrs Betriebe AG (KVB AG) die Optimierung des Bahn- und Busangebots im Rahmen der Umsetzung des aktuellen Nahverkehrsplans unter Beachtung **folgender Punkte** der Eingabe

- 1. Taktverdichtung der Stadtbahnlinie 9 zwischen Ostheim und Deutz montags bis freitags in der Zeit von 8 bis 9 Uhr sowie zwischen 15 und 20 Uhr.**
- 2. Taktverdichtung der Stadtbahnlinie 9 zwischen Königsforst und Sülz samstags zwischen 9 und 19 Uhr auf 10-Minutentakt**
- 3. Taktverdichtung der Linie 152 montags bis freitags zwischen 19 und 23 Uhr. schnellstmöglich weiterzuerfolgen.**

Die gesamtstädtische Überprüfung des Taktschemas an Samstagen wird begrüßt.“

Der Petent spricht sich nochmals für eine Verbesserung in diesem Jahr und nicht erst mit dem Fahrplanwechsel im nächsten Jahr aus. Auch heute können die Bahnen nicht alle Fahrgäste aufnehmen, insofern habe die Buslinie keine Entlastung gebracht. Er zweifelt die Fahrgastzahl von 1.000 Personen an.

Ergänzter Beschluss:

Der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden dankt dem Petenten für seine Eingabe und bittet die Verwaltung in Zusammenarbeit mit der Kölner Verkehrs Betriebe AG (KVB AG) die Optimierung des Bahn- und Busangebots im Rahmen der Umsetzung des aktuellen Nahverkehrsplans unter Beachtung **folgender Punkte** der Eingabe

- 1 Taktverdichtung der Stadtbahnlinie 9 zwischen Ostheim und Deutz montags bis freitags in der Zeit von 8 bis 9 Uhr sowie zwischen 15 und 20 Uhr.**
- 2 Taktverdichtung der Stadtbahnlinie 9 zwischen Königsforst und Sülz samstags zwischen 9 und 19 Uhr auf 10-Minutentakt**
- 3 Taktverdichtung der Linie 152 montags bis freitags zwischen 19 und 23 Uhr schnellstmöglich weiterzuverfolgen.**

Die gesamtstädtische Überprüfung des Taktschemas an Samstagen wird begrüßt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

3.4 Bürgereingabe gem. § 24 GO, betr.: Stadt-Seilbahnen in und für Köln (Az.: 02-1600-101/19) 1638/2019

Beschluss:

Der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden dankt dem Petenten für die Anregung. Er spricht sich dafür aus, zunächst die Ergebnisse aus dem Beschluss zur Erstellung einer Machbarkeitsstudie für ein Seilbahnsystem entlang des Rheins abzuwarten.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

3.5 Mosaik am Haus Kleingedankstr. 11 1897/2019

Der Petent stellt seine Eingabe vor, die die Wiedersichtbarmachung des Südstadtmosaiks am ehemaligen Wohnhaus des für Köln prägenden Architekten Wilhelm Koep verfolge. Bei dem Mosaik handele es sich um ein deutschlandweit einzigartiges Kunstwerk, welches haushoch sei und aus vielen tausenden Glassteinchen bestehe. Im Zuge der Sanierung sei das Mosaik auf Anordnung der Stadt mit Wärmedämmplatten überdeckt worden. Der Rheinische Verein für Denkmalpflege unterstütze die Petition ebenso wie 570 Petenten. Auch die Domusgruppe als Eigentümer des Hauses unterstütze die Wiedersichtbarmachung des Kunstwerks. Nur die Stadtverwaltung scheine daran nicht interessiert und habe sich in der vorliegenden Stellungnahme geäußert. Es sei der Verwaltung bekannt, dass die Domusgruppe sich für die Rettung des Mosaiks ausspreche, daher sei unverständlich, dass die Verwaltung schreibe, dass sie keine rechtlichen Möglichkeiten habe. Nur die Bürgerinitiative, der Rheinische Verein für Denkmalpflege und die Domusgruppe könnten das Problem nicht alleine lösen. Man brauche die Verwaltung aufgrund der umfassenden Fachkenntnisse

der Abteilungen, es müsse ein Dispens bezüglich der Wärmedämmung erteilt werden, der aber aufgrund der Einzigartigkeit des Kunstwerks jedem einleuchten sollte und es stünde der Verwaltung gut zu Gesicht, sich an der Rettung des Kunstwerk, welches auf ihre Anweisung mit Wärmedämmplatten überdeckt worden sei, zu beteiligen.

Ein weiterer Petent weist darauf hin, dass die Gespräche mit dem Eigentümer dem Ausschuss Kunst und Kultur nicht bekannt gewesen seien, obwohl die Verwaltung davon Kenntnis habe. Eine Moderation sei nicht notwendig, sondern ein arbeitender Arbeitskreis.

Herr Lohaus, Kunst- und Kulturdezernat, erklärt, dass dem Dezernat keine Einladung von einem Arbeitskreis mit dem Eigentümer und der Initiative bekannt sei. Ursprünglich sei angeregt worden, das Mosaik zu einem Kunstwerk im öffentlichen Raum zu erklären. Die Erklärung könne die Bezirksvertretung Innenstadt und die Verwaltung nicht abgeben. Gespräche seien sicherlich zielführend und die Verwaltung werde sich gerne beteiligen, doch bisher seien diese nicht bekannt gewesen. Er fragt sich allerdings nach der Rolle der Verwaltung, wenn der Petent sich mit dem Eigentümer bereits einig sei.

Der Petent entgegnet, dass er in einem Schreiben an die Kulturverwaltung bereits im Januar mitgeteilt habe, dass man sich von dem Begriff Denkmal entferne, da es um ein Zeitzeugnis gehe und nicht um ein Denkmal. Im März habe man der Verwaltung mitgeteilt, dass es ein positives Gespräch mit dem Eigentümer gegeben habe. Nicht die Initiative habe zu einem Runden Tisch eingeladen, sondern sie habe einen eindeutigen Bürgerantrag gestellt.

Herr Dr. Höver, Bürgeramt Innenstadt, weist darauf hin, dass der Beschluss der Bezirksvertretung Innenstadt doch eine gute Grundlage für die Wünsche des Petenten bilde. Wenn man sich im Ziel einig sei, könne man dem Beschluss der Bezirksvertretung Innenstadt folgen.

Herr Schneider, SPD, stellt fest, dass das Mosaik nicht denkmalgeschützt und in Privatbesitz sei und der Eigentümer sich für die Wiedersichtbarmachung interessiere. Er fragt sich daher, welche Rolle die Stadtverwaltung einnehmen solle. Der Eigentümer könne an seinem Eigentum alle notwendigen Maßnahmen treffen, um das wunderschöne Mosaik wieder sichtbar zu machen. Fraglich sei daher, ob es letztendlich um die Finanzierung gehe.

Frau Prof. Dr. Killersreiter, Grüne, erklärt, dass sie sich diese Frage auch gestellt habe. Eventuell sei das Mosaik durch die Anbringung der Wärmedämmplatten beschädigt.

Frau Stahlhofen, Die Linke, erinnert sich an eine Sitzung des Kunst- und Kulturausschusses mit einer Vorlage, dass Sicherungsmaßnahmen angeordnet werden mussten, da sich Steine aus dem Mosaik lösten. Dies habe die Stadt Köln angeordnet, aber keine Wärmedämmplatten. Sie weist auf die auf dem verteilten Vorher-Nachher-Bild sehr deutlichen Sanierungsarbeiten an dem Haus hin, bei denen es sicherlich auch um die äußere Wärmedämmung gegangen sei. Wahrscheinlich sei das Mosaik nun noch stärker beschädigt. Sie vermutet auch, dass es letztendlich bei der Eingabe um die Finanzierung der Wiederherstellung gehe.

Der Petent führt aus, dass aufgrund der umfangreichen Sanierungs- und Neubauten an dem Haus eine Baugenehmigung erforderlich gewesen sei. Daher sei die Wärmedämmung unerlässlich gewesen. Es gehe nicht um Geld, die Finanzierung solle über Sponsoring laufen. Man stehe vor großen bauphysikalischen und baurechtlicher Fragen. Man brauche die Stadtverwaltung, weil man ganz viele Fachämter, nicht zuletzt

die Bauaufsicht, und deren Sachkompetenz für die aufkommenden Fragestellungen benötige.

Herr Schuiszill, CDU, spricht sich für den Beschluss der Bezirksvertretung Innenstadt aus.

Herr Lohaus, Kunst- und Kulturdezernat, erklärt, dass die Petenten die von der Verwaltung eingeforderte Expertise am freien Markt erwerben können. Dies übernehme die Verwaltung nicht, da man dann dem nächsten Hauseigentümer eine ähnliche Beratung nicht ablehnen könne. Er signalisiert nochmals die Gesprächsbereitschaft der Verwaltung.

Herr Schneider, SPD, fasst zusammen, dass man bei dem runden Tisch über eine städtisch organisierte Veranstaltung im reinem Privatrecht spreche. Dies halte er für fragwürdig. Natürlich könne man die Stadtverwaltung bitten zu unterstützen und Fragen zu beantworten,

Herr Dr. Höver, Bürgeramt Innenstadt, bestätigt, dass die Verwaltung selbstverständlich keine Leistungen, die auf dem freien Markt zu erwerben sind, erbringen dürfe. Wenn man allerdings feststelle, dass der Erhalt des Mosaiks im öffentlichen Interesse liege, sei ein Arbeitskreis für sich genommen nicht rechtswidrig.

Frau Prof. Dr. Killersreiter, Grüne, fragt, ob eine eventuell zügig benötigte Baugenehmigung zur Entfernung der Wärmedämmung oder einer Ausnahme zur Wärmedämmung der Grund für einen Arbeitskreis sei. Sie bittet um Aufklärung.

Herr Lohaus, Kunst- und Kulturdezernat, erklärt, dass ein gedämmtes Haus nur dann Sinn mache, wenn es von allen Seiten gedämmt sei, ansonsten gehe die gesamte Energie über die geöffnete Seite hinaus. Es gebe natürlich die Möglichkeit einer Innendämmung, was aber aufwendiger und kostenintensiver sei. Bauphysikalisch hole man sich damit ein Problem ins Haus.

Der Petent entgegnet, dass diese Problematik bekannt sei. Er hoffe auf die Bereicherung durch die Fachkenntnisse der Verwaltung. Die Stadt habe eine moralische und politische Verpflichtung, nachdem sie die Dämmung über dem Mosaik veranlasst habe.

Nach weiterer Diskussion stellt Herr Schneider, SPD, folgenden, von Herrn Thelen, Grüne, ergänzten Änderungsantrag: „Der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden dankt dem Petenten für seine Eingabe. **Da es sich jedoch um eine privatrechtliche Angelegenheit handelt, ist die Verantwortung der Stadt Köln sowohl in rechtlicher als auch finanzieller Hinsicht ausgeschlossen. Die Stadt Köln unterstützt einen Gesprächsrahmen zwischen allen Beteiligten (Eigentümer, Rheinischer Verein für Denkmalpflege und der Bürgerinitiative) und wird im Rahmen ihrer Möglichkeiten unterstützend zur Seite stehen.**“

Geänderter Beschluss:

Der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden dankt dem Petenten für seine Eingabe. **Da es sich jedoch um eine privatrechtliche Angelegenheit handelt, ist die Verantwortung der Stadt Köln sowohl in rechtlicher als auch finanzieller Hinsicht ausgeschlossen. Die Stadt Köln unterstützt einen Gesprächsrahmen zwischen allen Beteiligten (Eigentümer, Rheinischer Verein für Denkmalpflege und der Bürgerinitiative) und wird im Rahmen ihrer Möglichkeiten unterstützend zur Seite stehen.**

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

3.6 Eingabe nach §24 GO, Benutzungsordnung für die Museen der Stadt Köln; Verweigerung eines ermäßigten Eintrittspreises für Behinderte, AZ 02-1600-239/18 0418/2019

Beschluss:

Der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden dankt den Petenten für ihre Eingabe und bittet die Verwaltung, die von den Petenten vorgeschlagenen Ermäßigungen für Menschen mit Behinderungen bei der Angleichung der Eintritte für Menschen mit Behinderungen in die kulturellen Einrichtungen der Stadt zu berücksichtigen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

3.7 Bürgereingabe gem. § 24 GO, Betr.: "Chronik von Köln" (Az.: 58/19 B) 1591/2019

Der Petent führt aus, dass die Erfassung der Geschichte von Köln in den letzten Jahren leider zurückgegangen sei. Der Greven Verlag habe früher bei jedem Adressbuch im Vorspann eine Geschichte des letzten Jahres geschrieben. Bis 1992 seien in Chronik Köln alle Daten eingestellt. Auch den bis 1990 gedruckten Verwaltungsbericht Köln gebe es nicht mehr. Es gehe nicht darum Hobbyhistorikern Daten zur Verfügung zu stellen, sondern diese Daten seien für die Bevölkerung von Interesse. Er kann sich auch eine digitale Form von Dokumentation vorstellen, wie dies beispielsweise die Stadt Düsseldorf praktiziere.

Herr Schöppner, Amt für Presse und Öffentlichkeitsarbeit, ist begrüßt das Engagement des Petenten. Er weist darauf hin, dass bis 2003 Chroniken herausgegeben wurden, die aufgrund von mangelnder Nachfrage und Einsparmaßnahmen eingestellt worden seien. Ab 2005 würden die Pressemitteilungen der Verwaltung online gestellt und seit ca. 5 Jahren gebe das Presseamt regelmäßig Newsletter mit 1/3 mehr an Informationen und einer größeren Reichweite als in der Köln Chronik heraus.

Herr Heumann, Die Linke, führt aus, dass die Kölner sich über den nicht vorhandenen Absatz gegen die Köln Chronik ausgesprochen hätten. Eine erneute Einführung sei daher nicht sinnvoll. Die Möglichkeit, den Newsletter zu abonnieren, sei ihm nicht bekannt gewesen.

Frau Domke, FDP, bedankt sich für die Eingabe und verweist auf den Beschluss des Ausschusses vom 19.03.2019 zur Schaffung eines Hauses der Geschichte. Vielleicht könne sich der Petent da anschließen.

Herr Schneider, SPD, kann als Freund von Chroniken und Jahrbüchern das Anliegen sehr gut verstehen, doch wenn der Kölner sage, dass er keine Chronik brauche, dann würde für einige Wenige der Erwerb einer Chronik unbeschreiblich teuer. Wenn man das Internet nutze, habe man mehr Infos, doch nicht mehr so schön. Er spricht sich für die Verwaltungsvorlage aus.

Herr Nigmann, Seniorenvertreter, findet den Hinweis auf die Chronik der Stadt Düsseldorf hilfreich und fragt, ob es diese Suchfunktion auch in Köln gebe. Die Suchfunktion in Köln biete nicht so übersichtliche Ergebnisse.

Herr Schöppner, Amt für Presse und Öffentlichkeitsarbeit, antwortet, auch auf die Nachfragen von Frau Prof. Dr. Killersreiter und Herrn Hauser, beide Grüne, dass es diese Möglichkeit derzeit nicht gebe, es aber technisch möglich sei. In diesem Falle wäre das eine Aufgabe des Historischen Archivs, das jedoch dann auch personell entsprechend ausgestattet werden müsse. Die digitalen Daten seien mindestens doppelt gesichert.

Herr Thelen, Ausschussvorsitzender, weist darauf hin, dass es jederzeit möglich sei, das Amt für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit auch direkt mit einem Vorschlag anzuschreiben, ob eine Aufbereitung der vorhandenen Daten nicht analog der Stadt Düsseldorf möglich sei.

Beschluss:

Der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden dankt dem Petenten für seine Eingabe, beschließt aber aus den nachfolgenden Gründen die Anregung zur Wiedereinführung der sogenannten KölnChronik oder eine vergleichbare Publikation abzulehnen, da online entsprechende Inhalte zur Verfügung gestellt werden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

3.8 Eingabe nach § 24 GO: Denkmalschutz geteerte Holzschuppen der Holzfirmen am Deutzer Hafen 1461/2019

Der Petent macht auf die besondere Bedeutung des Holzhandels im Deutzer Hafen aufmerksam. 1914 werde der Holzhandel als wichtigster Handel in Köln genannt. Nach Gesprächen mit verschiedenen Denkmalschützern bezüglich der Denkmalwürdigkeit der Holzschuppen ändere er seine Eingabe dahingehend, dass die Verwaltung im Gebiet des Deutzer Hafens eine Erinnerung an die Bedeutung des Deutzer Industriehafens auch als Holzhandelszentrum schaffen soll, z. B. durch eine Skulptur, eine Installation oder ein entsprechendes Kunstwerk.

Herr Lohaus, Kunst- und Kulturdezernat, berichtet, dass mit solchen Erinnerungsdenkmalen gute Erfahrungen gemacht würden und nennt als positives Beispiel die Kinderheime in Sülz. Man befinde sich in guten Gesprächen mit einem Privateigentümer. Die „Moderne Stadt“ als Investor möchte die Wirtschaftsgeschichte des Deutzer Hafens in der Mühle mit einer Installation näher beleuchten. Hierbei könne die besondere Bedeutung des Holzhandels einbezogen werden.

Frau Prof. Dr. Killersreiter, Grüne, begrüßt den hervorragenden Vorschlag der Verwaltung, sodass das Projekt unter einem pädagogischen Gesamtkonzept stehe. Wichtig sei aber auch, dass die Wohnbebauung im Deutzer Hafen vorangehe.

Herr Schneider, SPD, führt aus, dass die Änderung der Eingabe ins Schwarze getroffen habe. Es sei auch für viele Bürgerinnen und Bürger wichtig, an den ursprünglichen Hafen zu erinnern.

Frau Stahlhofen, Die Linke, begrüßt ebenfalls, dass am Deutzer Hafen eine Art Erinnerungskultur zelebriert werde, auch für Nicht-Kölner. Sie freut sich, dass die Verwaltung schon in dieser Richtung tätig sei.

Frau Domke, FDP, dankt auch der Verwaltung, dass sie sich des Themas angenommen habe. Das Ergebnis sei großartig.

Geänderter Beschluss:

Der Ausschuss dankt dem Petenten für seine Eingabe.

Der Ausschuss **begrüßt den Vorschlag der Verwaltung, die Wirtschaftsgeschichte des Deutzer Hafens im Deutzer Hafen darzustellen und bittet hierbei um Einbeziehung der vom Petenten dargestellten besonderen Bedeutung des Holzhandels für Köln.**

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

II. Nichtöffentlicher Teil

4 Mitteilungen

5 Anfragen

5.1 Mündliche Anfragen

5.2 Schriftliche Anfragen

6 Anregungen und Beschwerden nach § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

gez. Thelen
Vorsitzender

gez. Dederichs
Schriftführerin